



Frau  
Dr. Valerie Wilms MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Datum: Berlin, 05.12.2012  
Seite 1 von 2

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage Nr. 293/November:

*Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die Richtlinie 2009/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Versicherung von Schiffseigentümern für Seeforderungen noch vor dem dritten Schritt im EU-Vertragsverletzungsverfahren umgesetzt wird (bitte Zeitraum der geplanten Umsetzung sowie Gründe für Verzögerungen nennen)?*

beantworte ich wie folgt:

Das Bundeskabinett hat am 28. November 2012 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung seeverkehrsrechtlicher und sonstiger Vorschriften mit Bezug zum Seerecht beschlossen. Kern des Gesetzentwurfs ist der Entwurf des neuen Seeversicherungsnachweisgesetzes, mit dem ein einheitlicher Rechtsrahmen für die Umsetzung und Ausführung verschiedener internationaler und europäischer Regelungen im Bereich des Versicherungsrechts beim Seetransport geschaffen werden soll. Das Gesetz dient unter anderem der Umsetzung der Richtlinie 2009/20/EG. Mit dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens ist Mitte 2013 zu rechnen.

Die Verzögerung bei der Umsetzung ist maßgeblich in Unklarheiten der Richtlinie begründet. Von Beginn der Umsetzungsphase an wurde durch die Bundesregierung gegenüber der Europäischen Kommission und dem Ausschuss für die Sicherheit im Seeverkehr und die Verhütung der Umweltverschmutzung durch Schiffe (COSS) hierauf hingewiesen. Die abschließende Klärung durch die EU-Kommission erfolgte erst am 19. Juli 2012. Der Regelungsentwurf wurde daraufhin sofort umgestellt und die EU-Kommission über Inhalt und den beabsichtigten Zeitplan des Umsetzungsrechtsaktes in Kenntnis gesetzt. Die Bundes-

**Enak Ferlemann, MdB**  
Parlamentarischer Staatssekretär  
beim Bundesminister für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung

HAUSANSCHRIFT  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT  
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2250  
FAX +49 (0)30 18-300-2269

psts-f@bmvbs.bund.de  
www.bmvbs.de





Seite 2 von 2

regierung wird im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens auf die Einzelheiten zu den Umsetzungsproblemen in ihrer Mitteilung an die EU-Kommission eingehen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Enak Ferlemann